



Dokumentation der Tagung des rheinland-pfälzischen Netzwerks

InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit

vom 25.10.2010 in Mainz

Impressum

Herausgeber:

ism – Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.
Augustinerstr. 64-66
55116 Mainz



Redaktion und Text:

Viola Heipertz-Saoudi ism e.V.
nach Protokollen von
Bernd Drüke, Dr. Ludger Fittkau, Karolin Hantke, Ulrike Pingel, Gülten Polat, Claudia Vortmann

Mit Redebeiträgen und Folien von:

Sabine Baun, BMAS
Anna Frank ProfeS, GmbH
Marianne Haase, BAMF
Viola Heipertz-Saoudi, ism e.V.
Timmo Scherenberg, Hessischer Flüchtlingsrat/Pro Asyl
Maria Weber, Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Rheinland-Pfalz
Annette Wehning, Diakonisches Werk Pfalz

Grafik auf der Vorder- und Rückseite:

Grafikbüro Ehlers

Mainz 2011

Seit 2009 begleitet das Netzwerk „InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit“ in Rheinland-Pfalz Bleibeberechtigte und Flüchtlinge durch Beratung und Qualifizierung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt.

Das Netzwerk „InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit“ wird im Rahmen des ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt gefördert von:



Inhalt

1. Programm.....	1
2. Begrüßung Viola Heipertz-Saoudi, ism e.V. Koordination des Netzwerks InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit.....	2
3. Grußwort Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Sozialfonds für Beschäftigung, BMAS.....	2
4. Grußwort Maria Weber, Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Rheinland-Pfalz	6
5. Impulsreferat: Internationale Migration als lokale Herausforderung Marianne Haase, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	8
6. Impulsreferat: Lebenswelten von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland Timmo Scherenberg, Hessischer Flüchtlingsrat / Pro Asyl.....	16
7. InProcedere – Ein Netzwerk stellt sich vor	23
8. Foren	26
Forum A: Die Ausländerbehörde im Spannungsfeld zwischen Integration und Abschiebung	26
Forum B: Kompetenzen und Fähigkeiten, aber kein Zeugnis	27
Forum C: Strategien nachhaltiger Unternehmensansprache	28
Forum D: Zugang zur und Motivation der Zielgruppe.....	29
9. Abschlussgespräch	41
10. Eindrücke und Einblicke	42

1. Programm

Zur Veranstaltung

In Rheinland-Pfalz leben derzeit rund 19.000 Menschen mit einer Duldung, einer Aufenthaltsgestattung oder einem Aufenthalt aus humanitären, politischen oder völkerrechtlichen Gründen. Die Aufenthalte sind unsicher oder befristet, die Erteilung von Arbeitslaubnissen oft an Bedingungen geknüpft. Gesellschaftliche Teilhabe und Integration in Arbeit sind unter diesen Bedingungen nur schwer möglich. Dennoch, Bleiberechtigte und Flüchtlinge sind motiviert und bringen Qualifikationen mit, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt eingesetzt werden können.

Diesem Problemzusammenhang widmet sich das „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“, welches seit September 2008 bundesweit 43 Netzwerke fördert.

„InProcedere - Bleiberecht durch Arbeit“ ist eines davon. Seit knapp zwei Jahren begleitet und unterstützt InProcedere in mehreren Regionen in Rheinland-Pfalz Bleiberechtigte und Flüchtlinge bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Dabei sind die Projektpartner neue Kooperationen eingegangen und haben zum Teil ungewöhnliche Wege beschritten. Mit Erfolg!

Wir möchten mit Ihnen unsere Erfahrungen und Beispiele sowie ihre Umsetzbarkeit in anderen Regionen diskutieren. Daher laden wir Sie herzlich zu unserer Tagung mit dem Schwerpunkt Vernetzung und Zusammenarbeit zur Integration von Flüchtlingen ein.

Die Tagung richtet sich an Fachkräfte der Flüchtlings- und Migrationsarbeit sowie an Behörden und Arbeitsverwaltung, Unternehmen und Politik.

Organisatorische Hinweise

Veranstalter

InProcedere - Bleiberecht durch Arbeit
Rheinland-pfälzisches Netzwerk zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleiberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt
www.inprocedere-rlp.de

Anmeldung

Mit beiliegendem Formular bitte bis zum 15. Oktober 2010 an:
ism e.V.
Augustinerstraße 64-66
55116 Mainz
Tel.: 06131 - 32 84 88
Fax: 06131 - 32 84 89
E-Mail: regine.grunert@ism-mainz.de



Die Teilnehmerszahl ist begrenzt. Die Anmeldungen werden nach Eingang berücksichtigt.

Bitte geben Sie Ihr bevorzugtes Forum bei der Anmeldung an.

Tagungsort

Erbacher Hof Mainz
Greibenstraße 24-26
55116 Mainz
Parkmöglichkeiten im Rathaus-Parkhaus

Teilnehmerliste

Die Angaben zu Namen und Einrichtungen werden in die Liste der Teilnehmenden aufgenommen. Die Veranstaltung wird gegebenenfalls in Bild und Ton dokumentiert. Für die dokumentarische Nutzung erteilen Sie mit der Anmeldung eine Freigabe.

Änderungen vorbehalten.

**zusammen
ARBEIT
bleiben**

Neue Wege regionaler Vernetzung zur Integration von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz

**TAGUNG
Montag, 25. Oktober 2010**



Programm

9:30 Uhr **Ankommen**

10:00 Uhr **Begrüßung**

Grußwort
Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung, BMAS
Grußwort
Maria Weber, Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration RLP

10:30 Uhr **Impulse**

Internationale Migration als lokale Herausforderung
Marianne Haase, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Lebenswelten von Bleiberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland
Timmo Scherenberg, Pro Asyl

11:15 Uhr **Kaffeepause**

11:30 Uhr **Bleiberecht durch Arbeit**

InProcedere - das rheinland-pfälzische Modell
Manfred Asel, Diakonisches Werk Pfalz
Martina Erzberger-Ries, ProFeS GmbH
Ralf Gillmann, Kreis Bad Kreuznach
Viola Heipertz-Saoudi, ism e.V.
Raimond Meiborg, ARGE Bad Kreuznach
Kirsten Müller-Roos, Kreis Germersheim
Pfarrer Pick, Ausländerpfarramt Bad Kreuznach
Gülten Polat, ARGE Germersheim (angefragt)
Jochen Willner, GA mbH Ludwigshafen

12:30 Uhr **Mittagspause mit Büffet**

13:45 Uhr **Wie und was - konkrete Projektarbeit**

Forum A

Die Ausländerbehörde im Spannungsfeld zwischen Integration und Abschiebung
Aktivitäten der Ausländerbehörden im Rahmen von InProcedere, Konflikttagen und Lösungsansätze

Impulse:
Kirsten Müller-Roos, InProcedere Germersheim, Kreis Germersheim
Tim Müller, InProcedere Bad Kreuznach, Ausländerbehörde Kreis Bad Kreuznach

Forum B

Kompetenzen und Fähigkeiten, aber kein Zeugnis
Qualifikationen - Anerkennung - Qualifizierung, welche Rahmenbedingungen treten auf und wie kann man damit erfolgreich arbeiten?

Impulse:
Martina Erzberger-Ries, InProcedere Germersheim, ProFeS GmbH
Anett Zuber, WENAZA in Dresden

Forum C

Strategien nachhaltiger Unternehmensansprache?

Wer stellt Flüchtlinge ein und warum?
Vorgehensweisen und gelungene Beispiele
Impulse:
Elke Lentz, InProcedere Bad Kreuznach, Ausländerpfarramt Bad Kreuznach
Christiane Uhrhan, BleiB im Kreis Gütersloh

Forum D

Zugang zur und Motivation der Zielgruppe

Erfolgreiche Strategien und Herausforderungen in der Zusammenarbeit
Impulse:
InProcedere Germersheim und Landau, ProFeS GmbH
InProcedere Ludwigshafen, Diakonisches Werk Pfalz

14:45 Uhr **Kaffeepause**

15:15 Uhr **Abschlussgespräch**

InProcedere von außen und Perspektiven
Dr. Florian Edinger, Büro der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration RLP
Peter Görtz, Bäcker Görtz GmbH
Raimond Meiborg, ARGE Bad Kreuznach
Thomas Mirbach, Programmevaluation
Pfarrer Pick, Ausländerpfarramt Bad Kreuznach und Arbeitskreis Asyl RLP

16:30 Uhr **Ausklang der Veranstaltung**

Gesamtmoderation:
Dr. Ludger Fittkau, Deutschlandradio RLP

2. Begrüßung

Viola Heipertz-Saoudi, ism e.V. Koordination des Netzwerks InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit



Zu Beginn der Tagung begrüßte die Koordinatorin des Netzwerks InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit, Viola Heipertz-Saoudi, die Teilnehmenden und stellte die zentralen Fragen von InProcedere vor:

Wie können Institutionen und Träger der Beratung, der Arbeitsverwaltung, des Ausländerrechts und der Qualifizierung zusammenarbeiten? Welche Herausforderungen gilt es zu meistern, damit Flüchtlinge und ihre Familien zusammenbleiben und durch Arbeit in Deutschland bleiben können?

Frau Heipertz-Saoudi wünschte der Veranstaltung gutes Gelingen und den Teilnehmenden interessante Beiträge, anregende Diskussionen und inspirierende Gespräche.

3. Grußwort

Sabine Baun, Leiterin der Gruppe Europäische Sozialfonds für Beschäftigung, BMAS

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute hier in Mainz zu sein. Noch mehr freut es mich, zu einem Thema einen kurzen Input geben zu dürfen, bei dem wir mit einem Programm - aus dem Europäischen Sozialfonds - viel bewirkt haben und in den letzten zwei Jahren sehr erfolgreich waren. Das ist nicht immer so und in diesem Fall freut es mich besonders.

Und an dieser Stelle möchte ich Herrn Wolter von ism und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Koordination ganz herzlich danken. Sie alle haben "Nichtlockerlassen" beim Aufbau des Projektverbundes bewiesen. Die Bewilligung dieses Projektes stand ja bei Programmstart mehrfach auf der Kippe. Aber wir konnten schließlich in jedem Bundesland ein Angebot realisieren - dank Ihnen auch in Rheinland-Pfalz. Und da sind wir gleich mitten im Thema.

Dieses Programm und natürlich auch die Projekte haben Akteurinnen und Akteure zusammen gebracht, die zwar Kenntnis voneinander hatten, aber vielfach keine institutionalisierte Kommunikationsstruktur- und kultur miteinander. Ich denke, hier hat das Bleiberechtsprogramm überall vor Ort eine konstruktive Zusammenarbeit und ein gutes Miteinander bewirkt - im Interesse der Zielgruppe: der Bleibeberechtigten und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt.



Worum geht es bei diesem Programm?

Das Bleiberechtsprogramm wurde 2008 als ein Programm der neuen Förderperiode - die von 2007 bis 2013 läuft - aufgelegt. Wir hatten vorsorglich im Operationellen Programm des Bundes - das ist die Grundlage für alle ESF-Förderungen - Asylsuchende als Zielgruppe mit aufgenommen. Die Rahmenbedingungen waren also geschaffen - bevor im Jahr 2007 die Altfallregelung der Landesinnenministerkonferenz und die anschließende gesetzliche Altfallregelung beschlossen wurden.

Die Grundlage zur Entwicklung des Bleiberechtsprogramms war damit gelegt.

Was will das Bleiberechtsprogramm bewirken?

Der ESF macht im Rahmen von Programmen Angebote, die es ohne die europäischen Gelder so nicht geben würde - also Angebote außerhalb der Regelförderung. Es geht darum, neue Wege auszuprobieren und wenn möglich, bei Erfolg diese Angebote - das bezieht sich auf alle Programme - dann in die Regelförderung zu überführen.

Wichtigstes Ziel des Bundesprogramms war die Integration von 3.000 Bleibeberechtigten in den Arbeitsmarkt. Darüber hinaus war es uns wichtig auch die Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt in das Programm mit aufzunehmen.

Ergebnisse der ersten Runde

Und die Ergebnisse der ersten Förderrunde können sich sehen lassen: Fast ein Viertel aller Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten bereits Ende 2009 in Arbeit oder in eine betriebliche Ausbildung gebracht werden. Das sind 2650 von fast 12.000 Teilnehmern insgesamt. Und ich denke, wenn die endgültigen Zahlen Ende des Jahres vorliegen, werden wir die 3000 auch fast erreicht haben.

Also gute Ergebnisse - das möchte ich unterstreichen: Trotz schwieriger Wirtschafts- und Finanzlage, trotz der schwierigen Zielgruppe, die zu den arbeitsmarkfernsten Teilnehmenden im ESF gehören und trotz der zeitlich anspruchsvollen Herausforderung die durch die Fristenregelung der gesetzlichen Altfallregelung gegeben war. Denn es sollten möglichst viele Programmteilnehmerinnen und -teilnehmer eben nicht zurück in die Duldung fallen.

Die Herausforderungen bleiben. Auch wenn die Altfallregelung Anfang Dezember 2009 um zwei Jahre verlängert wurde und der Innenausschuss des Deutschen Bundestages in zwei Tagen erneut Beratungen zur gesetzlichen Altfallregelung abhält. Wir wollen mit der 2. Förderrunde des Bleiberechtsprogramms weiterhin die Gruppe der Bleibeberechtigten und Flüchtlinge mit Arbeitsmarktzugang dabei unterstützen, eine auf Dauer angelegte Arbeit zu bekommen.

Rückschau

Aber noch einmal zurück zu dem, was in den letzten zwei Jahren gelaufen ist:

Wir sind seit September 2008 im Rahmen des Programms mit rund 220 Einzelprojekten in allen Bundesländern vertreten. Von den 43 Netzwerkverbänden werden noch bis Ende Oktober diesen Jahres fast 34 Millionen Euro an Ausgaben umgesetzt, davon hier in Rheinland-Pfalz knapp 1,2 Mio Euro (davon rd. 470.000 € Bundes- und 580.000 ESF-Mittel).

Was wird gefördert?

Alle Bleiberechtsprojekte in Deutschland bieten Beratung und Vermittlung an, die über die Regelleistungen der Sozialgesetzbücher hinausgehen. Das können im Einzelfall auch berufsbegleitende Kurzqualifikationen und berufsbezogene Sprachfördermaßnahmen sein.

Das gelingt nur, wenn ein intensiver Austausch zwischen den Akteuren des Arbeitsmarktes und den Trägern mit Zugang zur Zielgruppe - den kommunalen Akteuren und den Unternehmen vor Ort stattfindet.

Dieser Prozess soll - und das ist uns sehr wichtig - durch die Träger der Grundsicherung und den Agenturen für Arbeit unterstützt werden. Denn es geht nicht nur um *eine* Arbeit, sondern

auch um qualifizierte Beschäftigungsaussichten für eine vielfach hochmotivierte Gruppe mit guten, aber oftmals nicht anerkannten Qualifikationen.

Besonders erfreulich sind dabei die Ergebnisse, die über die Vernetzung innerhalb der Projekte erst möglich geworden sind – am Bedarf des Einzelnen ausgerichtete Leistungen, die mit allen Akteuren abgestimmt als passgenaue Lösung angeboten werden können – dieses ist im Bundesgebiet insgesamt aber besonders auch hier in Rheinland-Pfalz ganz hervorragend gelungen.

Aber auch auf strategischer Ebene konnte das Thema in Rheinland-Pfalz nachhaltig verankert werden. Es ist richtig und wir haben das recht früh zur Kenntnis genommen, dass die Teilnahme an Maßnahmen von InProcedere mit dem Bemühen um Arbeit gleichgesetzt wird. Das bedeutet eine hohe Anerkennung der Projektqualität durch das Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz und darüber hinaus ist es genau die gute Praxis, die wir uns von den Projektmodellen erhofft hatten. Wir wünschen uns, dass weitere Bundesländer die Projekte - und damit natürlich die Teilnehmenden im Projekt - auf diese Weise unterstützen.

Die gute Praxis wird im Thematischen Netzwerk Bleiberecht auf Bundesebene weiter gegeben. Alle Projekte des Bleiberechtsprogramms sind dort aktiv. Hier finden zwei bis dreimal jährlich Treffen statt, auch mit den strategischen Partnern der Bundesebene (BAMF, BK, BAGFW, BMAS etc.).

Denn auch hier gilt, dass die Projekte voneinander lernen und nicht überall das Rad neu erfunden werden muss. Alle Projekte haben vor Ort, aber auch gemeinsam im Thematischen Netzwerk ihre Arbeit als Produkt sichtbar gemacht. Eines davon ist die wertvolle Veröffentlichung wie die Meilensteine und Stolpersteine - das ist ein gutes Beispiel für ein optimal aufeinander abgestimmtes Vorgehen verschiedener Institutionen - alle ziehen sozusagen „an einem Strang“ und verleihen den gemeinsamen Empfehlungen mehr Gewicht.

Als weiteres gemeinsames Vorgehen im Bleiberechtsprogramm wurden erstmals im Bundesgebiet zu den Qualifikationen der Teilnehmenden in den Projekten Daten erhoben. Daten, die sicherlich auch für die weitere Arbeit wichtig sind und in Bezug auf die Zielgruppe hilfreiche Informationen für das für Anfang 2011 geplante Anerkennungsgesetz bieten.

Wie geht's weiter

Aufgrund der positiven Resonanz von Politik und Verwaltung auf das Programm und der bisherigen erfolgreichen Arbeit haben wir uns recht schnell für eine 2. Förderrunde entschieden. Grundlagen sind weiterhin der Koalitionsvertrag und der Nationale Integrationsplan sowie der Nationale Aktionsplan der Bundesrepublik zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz.

Für die zweite Förderrunde stehen rund 50 Mio. EUR inklusive nationaler Kofinanzierung zur Verfügung. Das BMAS wird erneut eigene Mittel zur Finanzierung zur Verfügung stellen, so dass sich der Eigenanteil der Projekte weiter auf 10% der Gesamtkosten beschränkt. Damit ist auch das neue Programm das am besten ausfinanzierte Programm auf dem Projektmarkt und damit bleiben - das will ich auch betonen - unsere Erwartungen an die 2. Förderrunde unvermindert hoch.

Die Ausschreibung ist bereits abgeschlossen. In der vorletzten Woche wurden die besten und überzeugendsten 28 Interessenbekundungen in das Antragsverfahren übergeleitet. Wir werden größere Projektverbünde haben und wollen damit noch stärker in die Fläche gehen.

Ich freue mich, dass die Mitarbeiter vom Projektverbund InProcedere mit ihrer Interessenbekundung auch diesmal erfolgreich waren und InProcedere in der neuen Förderrunde aller Voraussicht nach mit dabei ist. Die meisten Projekte werden bereits Anfang November nahtlos neue Förderangebote vorhalten.

Noch einen kurzen Satz zur europäischen Ebene: Es gibt einen aktiven Austausch guter Ideen zur sozialen und arbeitsmarktlichen Integration von Asylsuchenden und Opfern von Menschenhandel. Dazu ist im Rahmen des ESF das Lernnetzwerk SaviAV gegründet worden. Wir freuen uns, dass wir aus dem Bleiberechtsprogramm viele gute Ideen und Konzepte an europäische Partner weitergeben können.

Integration ist und bleibt in und für Deutschland wichtig. Es ist wichtig für den Einzelnen, wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit! Wir brauchen die Potenziale und alle Beteiligten profitieren von einer Integration in den Arbeitsmarkt. In Berlin und den Medien ist in den letzten Wochen darüber ziemlich aufgeregt diskutiert worden. Und die Diskussion hält an. Umso schöner, dass viele Menschen vor Ort - wie hier in Mainz - einfach unaufgeregt anpacken, tatkräftig Integration betreiben und die Erfolge sichtbar machen. Das Thema arbeitsmarktliche Integration von Flüchtlingen bleibt dabei eine Herausforderung.

Ich danke allen von InProcedere für die bislang geleistete Arbeit. Im Hinblick auf die künftige Förderrunde wünsche ich Ihnen bereits jetzt ein gutes Gelingen. Allen Aktiven, die hier in Rheinland-Pfalz mit den Zielgruppen - also den Betroffenen - arbeiten, wünsche ich viel Offenheit und Bereitschaft zur Unterstützung - auch durch die lokale, regionale und landespolitische Ebene.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

4. Grußwort

Maria Weber, Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration Rheinland-Pfalz

Sehr geehrte Frau Baun,
sehr geehrte Frau Haase,
sehr geehrte Frau Heipertz-Saoudi,
sehr geehrter Herr Wolter,

wie Sie wissen, leben auch in Rheinland-Pfalz eine Reihe von Ausländerinnen und Ausländern, die seit Jahren nur geduldet sind: Sie haben keine Aufenthaltserlaubnis, können aber oft auch nicht ausgewiesen werden. Darunter sind beispielsweise Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Dort ist der Bürgerkrieg zwar zu Ende, die Heimat ist aber vielfach zerstört. Viele leben schon so lange hier, dass ihre Kinder hier aufwuchsen, zur Schule gingen und gut integriert sind.

Für diese Menschen gibt es seit Ende 2006 so genannte Bleiberechts-Regelungen; die jüngste wurde Ende 2009 verlängert bis Ende 2011.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich stets für das Bleiberecht eingesetzt. Und sie will, dass die Bleiberechts-Regelungen auch in der Praxis Erfolg haben.

Die Bleiberechts-Regelungen sehen vor: Wer bleiben will, darf grundsätzlich keine Sozialleistungen beziehen. Das heißt, er oder ein anderes Mitglied der Familie muss Arbeit haben, und die Arbeit muss ausreichend gut bezahlt sein.

Dass die Betroffenen diese Voraussetzungen erfüllen können, darum bemüht sich die Landesregierung seit 2006, gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partner aus der Integrationsarbeit und aus der Arbeitsmarktpolitik.

Viele der hier Anwesenden erinnern sich: Sofort nach der ersten Bleiberechts-Regelung 2006 haben wir die Beteiligten im Land zusammengerufen:

Aus der Landesregierung waren vertreten

- unsere Arbeitsmarktabteilung und das Innenministerium;
- der Arbeitskreis Asyl,
- die Arbeitsgemeinschaft der damaligen Ausländerbeiräte, heute Beiräte für Migration und Integration,
- der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik sowie
- die LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege als Träger der Migrationsberatung;
- die kommunalen Spitzenverbände und die kommunalen Integrationsbeauftragten waren vertreten, ferner
- die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und
- wegen der geforderten Deutschkenntnisse – der Volkshochschulverband.

Gemeinsam haben wir daran gearbeitet, den Flüchtlingen zu helfen, die Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Am Anfang standen Rechtsfragen im Vordergrund: vor allem wer unter die Bleiberechtsregelung fällt und wer nicht. Ich möchte an dieser Stelle hervorheben: das rheinland-pfälzische Innenministerium hat die jeweiligen Regelungen den



Ausländerbehörden in vorbildlicher Weise erläutert. Seine Rundschreiben wurden deshalb auch von anderen Ländern nachgeahmt.

Darüber hinaus hat Rheinland-Pfalz einer Vielzahl von Menschen über *humanitäre Aufenthaltsrechte* eine Bleibeperspektive eröffnet, unabhängig von den Bleiberechts-Regelungen.

Die Treffen auf Landesebene dienten dann dazu, beim Arbeitsmarktzugang zu helfen: Kammern und Unternehmerverbände wurden über die neue Rechtslage informiert, wir haben uns über gelungene Beispiele ausgetauscht, interessierte Arbeitgeber eingeladen und Kooperationen auf kommunaler Ebene angeregt.

Diese Strukturen waren eine ausgezeichnete Grundlage, um das ESF-Bundesprogramm für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz umzusetzen.

Im Januar 2009 startete das rheinland-pfälzische Netzwerk InProcedere. Das war einerseits recht spät, weil das gesetzliche Bleiberecht bereits Ende 2009 auslief.

Andererseits kam es wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise gerade rechtzeitig. InProcedere war in dieser Zeit besonders wichtig. Denn viele der Bleibeberechtigten sind gering qualifiziert, älter oder in ihrer Gesundheit beeinträchtigt. Gerade sie waren – und sind – auf eine intensive Unterstützung besonders angewiesen. Und das hat InProcedere mit großem Einsatz und Erfolg getan; davon habe ich mich im Juni diesen Jahres in Ludwigshafen selbst überzeugen können.

Die Landesregierung unterstützt die Arbeit von InProcedere. Ein Beispiel: Die Anordnung des Innenministeriums zur jüngsten Bleiberechts-Regelung nimmt ausdrücklich auf InProcedere Bezug: Wer an dem Programm teilnimmt, kann von der Verlängerung der Bleiberechts-Regelung bis Ende 2011 profitieren.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich auch dafür eingesetzt, dass das ESF-Bundesprogramm über 2010 hinaus verlängert wird. Wir freuen uns sehr, dass dies geschehen ist. InProcedere bewirbt sich erneut, und wir würden es sehr begrüßen, wenn es seine bewährte Arbeit fortsetzen kann.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen, Frau Baun, ganz herzlich bedanken für die gute Zusammenarbeit zwischen dem BMAS und der Landesregierung Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung des ESF-Bundesprogramms.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Tagung heute dient dem Austausch über erfolgreiches Vorgehen. Das ist für *alle* Regionen in Rheinland-Pfalz von Bedeutung. Das Netzwerk konzentriert sich ja auf den Süden und die Mitte des Landes, wo die meisten Betroffenen leben. Aber auch in anderen Regionen unseres Landes gab und gibt es Initiativen, um Bleibeberechtigte zu unterstützen, und auch diese können von den Erfahrungen profitieren. Darüber hinaus ist der Austausch natürlich auch über die Landesgrenzen hinweg wichtig. Zu den Erfolgsfaktoren von InProcedere zählt aus meiner Sicht insbesondere die Zusammenarbeit von Arbeitsverwaltung, Trägern der Integrationsarbeit und den Ausländerbehörden – was die Mitwirkung der Ausländerbehörden angeht, ist InProcedere ja bundesweit Vorreiter.

Ich möchte schließen mit einem herzlichen Dankeschön an Sie alle, die bei der Unterstützung der Betroffenen mitwirken, auch im Namen von Ministerin Malu Dreyer und der gesamten Landesregierung: Vielen Dank für Ihr großes Engagement!

Wenn Bleibeberechtigte, Geduldete und Flüchtlinge eine Perspektive bekommen und sich in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft integrieren, dann ist das für alle gut: vor allem für die betroffenen Menschen selbst, aber auch für die Kommunen, in denen sie leben.

In diesem Sinne wünsche ich der Tagung viel Erfolg.

5. Impulsreferat: Internationale Migration als lokale Herausforderung

Marianne Haase, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Als Einstieg in das Thema der Tagung zeigte Frau Marianne Haase vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Gründe für und Ursachen von Migration sowie weltweite Wanderungsbewegungen auf. In ihrem Impulsreferat stellte sie die Flucht- und Asymigration insbesondere in Deutschland zahlenmäßig dar. Die Ausführungen zu internationalen Migrationsprozessen sowie Asyl in Deutschland zeigten, dass Flucht und Migration in der Mehrheit binnenstaatliche Phänomene sind. Grenzüberschreitende Migration erfordert in der Regel sehr viel mehr Ressourcen seitens der Migrantinnen und Migranten und kommt daher deutlich seltener vor. Insgesamt gibt es

verschiedene Formen der Wanderung. Eine davon ist mit einem Anteil von 10-15% die Flucht- und Asymigration.



Internationale Migration als lokale Herausforderung

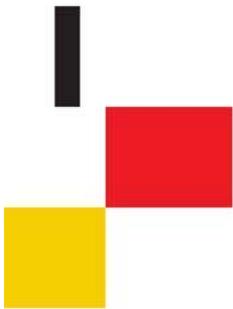
Tagung „Zusammen-ARBEIT-Bleiben“
 25. Oktober 2010

Marianne Haase
 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 marianne.haase@bamf.bund.de



Gliederung

1. Migration als globales Phänomen
2. Gründe und Ursachen von Migration
3. Migration nach Deutschland
4. Flucht- und Asylmigration in Deutschland

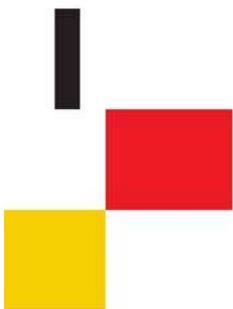


Countries with the largest number of international migrants, 2010 (millions)

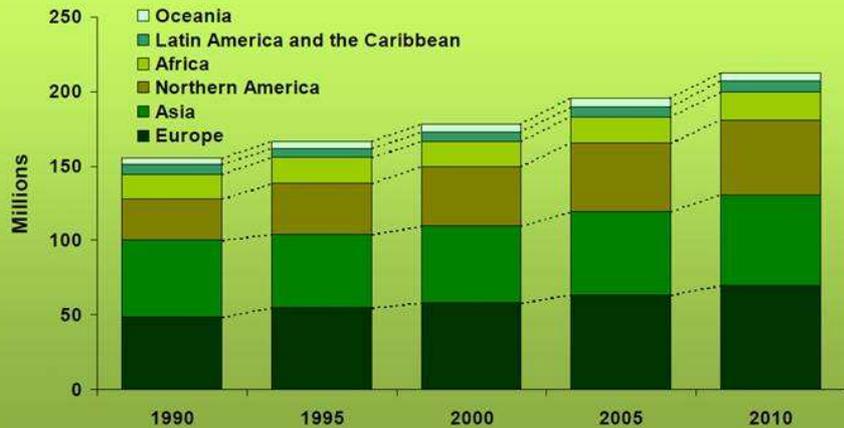


United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009). International Migration, 2009 Wallchart (United Nations publication, Sales No. E.09.XIII.8).

Quelle: UNPOP 2010



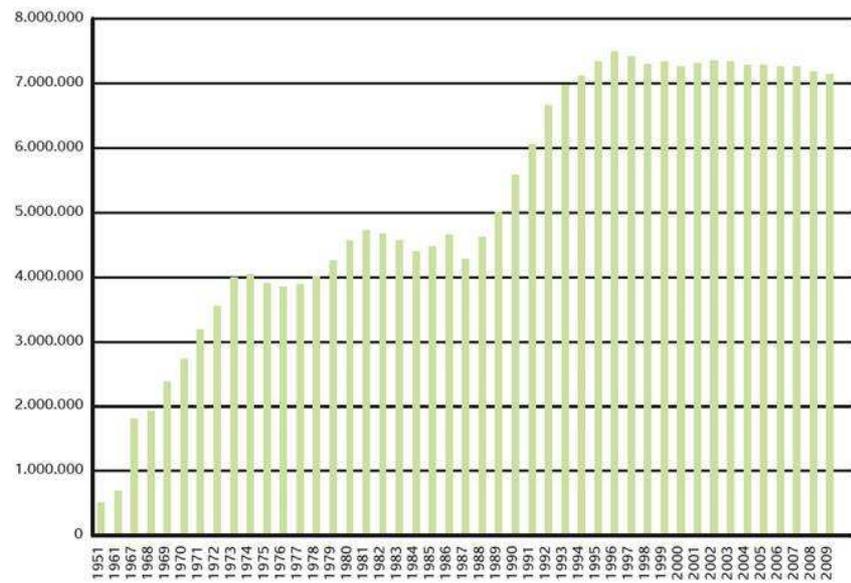
International migration stock by major area



United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2009). International Migration, 2009 Wallchart (United Nations publication, Sales No. E.09.XIII.8).

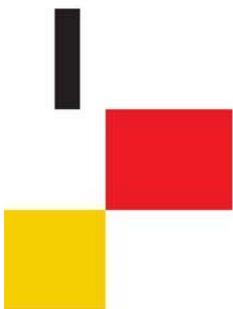
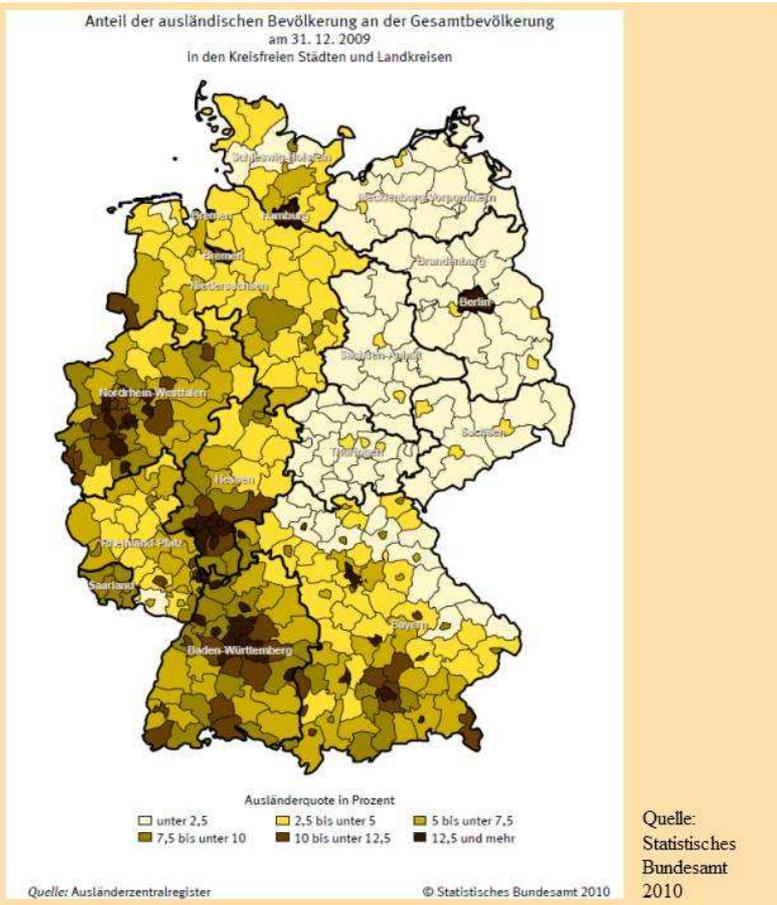
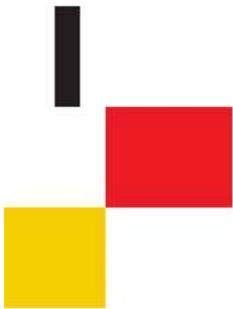
Quelle: UNPOP 2010

Abbildung 1: Ausländische Bevölkerung in Deutschland von 1951 bis 2009

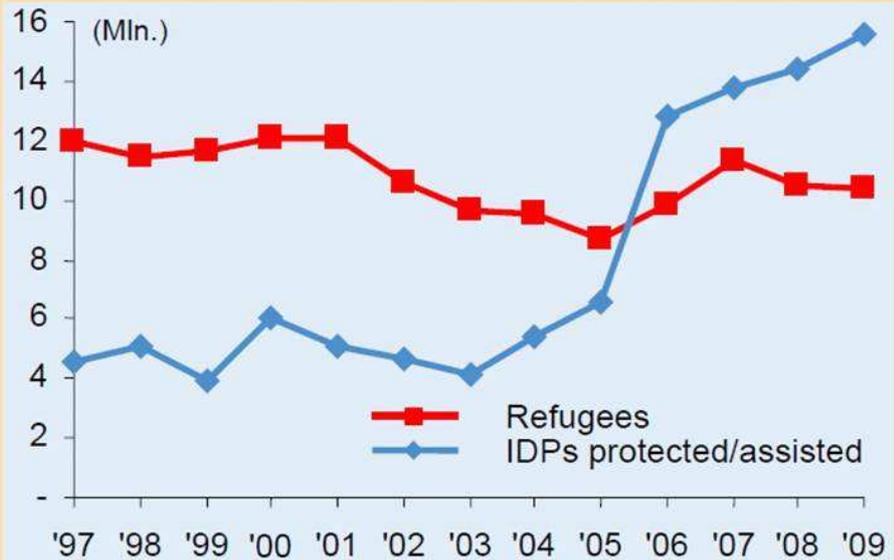
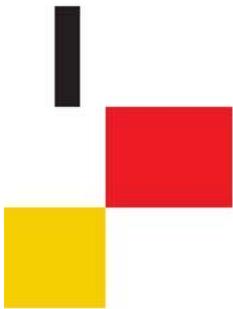


Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung
Ab 1990 Zahlen für Gesamtdeutschland, vorher früheres Bundesgebiet.

Quelle: BAMF 2009

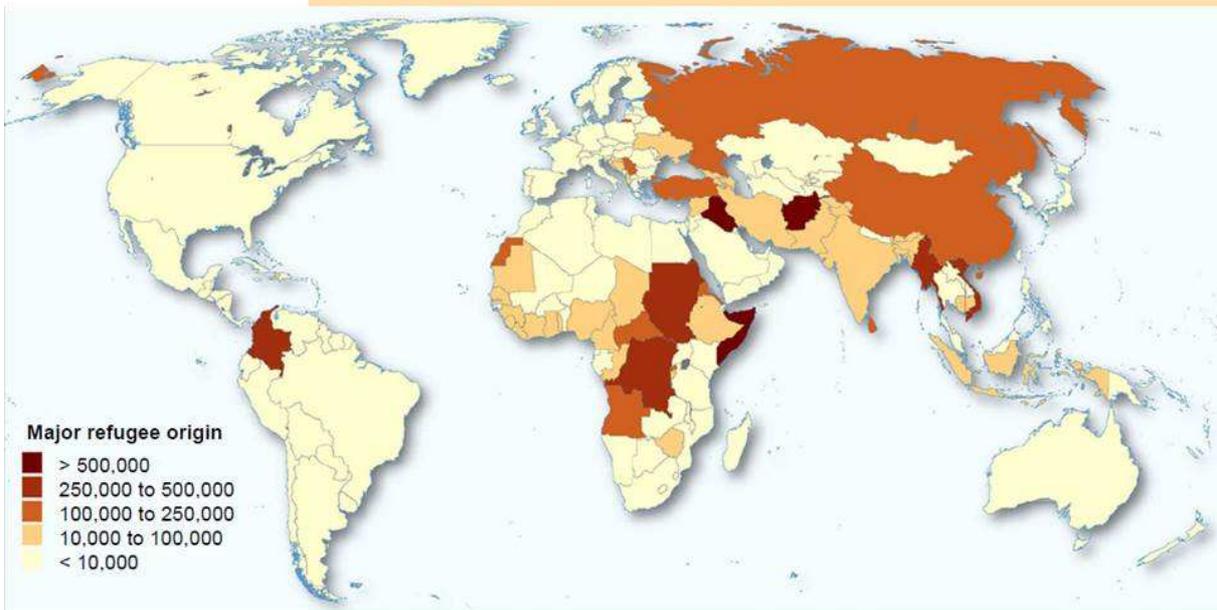


Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



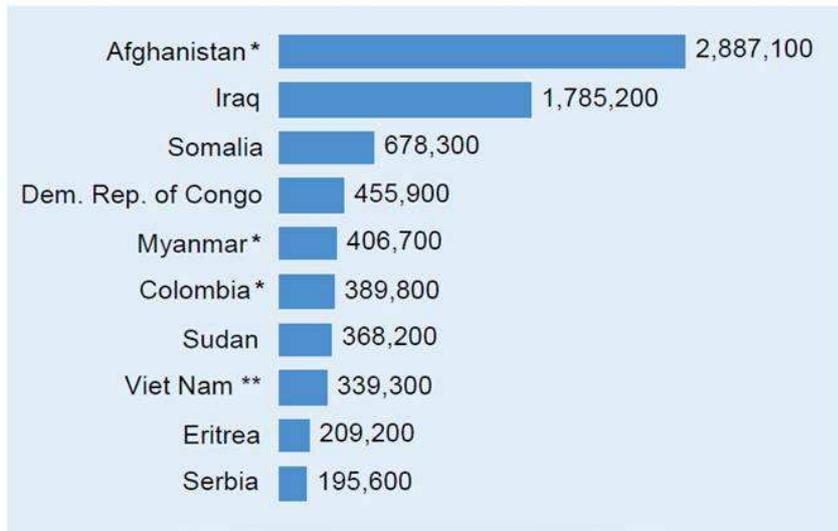
Quelle: UNHCR 2010

Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Quelle: UNHCR 2010

Fig 3 Major source countries of refugees
End-2009

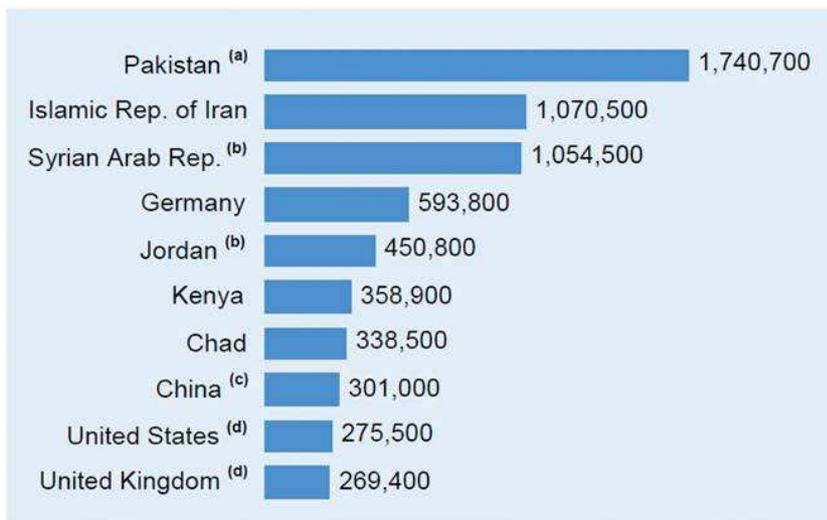


* Includes people in a refugee-like situation

** The 300,000 Vietnamese refugees are well integrated and in practice receive protection from the Government of China.

Quelle: UNHCR 2010

Fig 2 Major refugee hosting countries
End-2009



^(a) Includes Afghans in a refugee-like situation.

^(b) Government estimate.

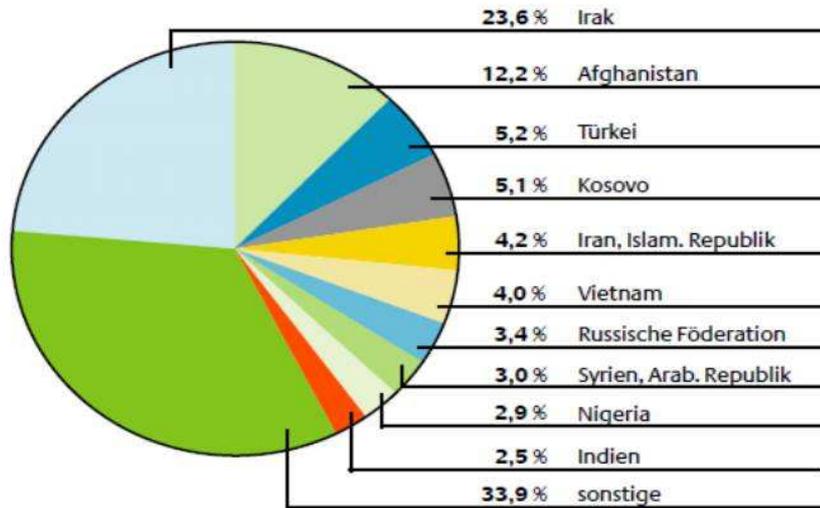
^(c) The 300,000 Vietnamese refugees are well integrated and in practice receive protection from the Government of China.

^(d) UNHCR estimate.

Quelle: UNHCR 2010

2009

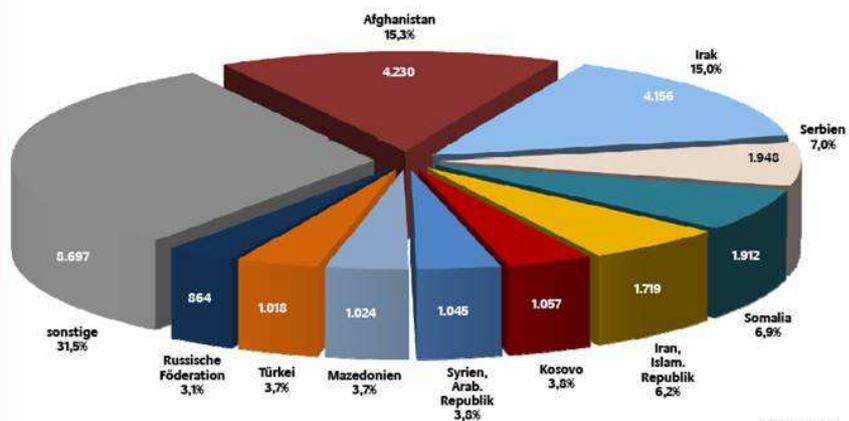
Gesamtzahl der Asylersanträge: 27.649



Quelle: BAMF 2010a

Hauptherkunftsländer im Zeitraum 01.01. bis 30.09.2010

Gesamtzahl der Erstanträge: 27.670

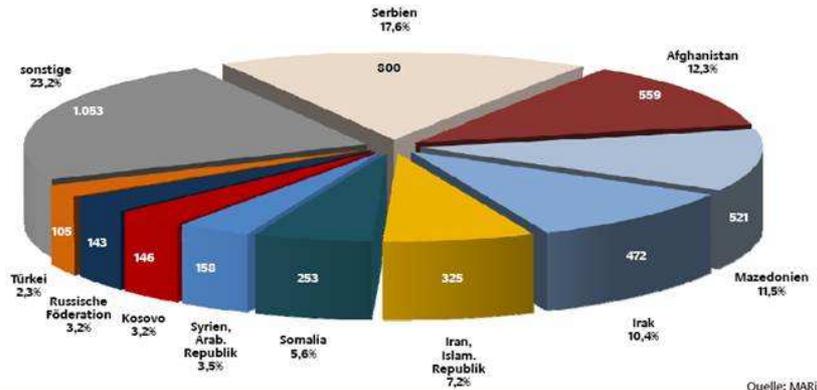


Quelle: MARIS

Quelle: BAMF 2010b

Hauptherkunftsländer im September 2010

Gesamtzahl der Erstanträge: 4.535



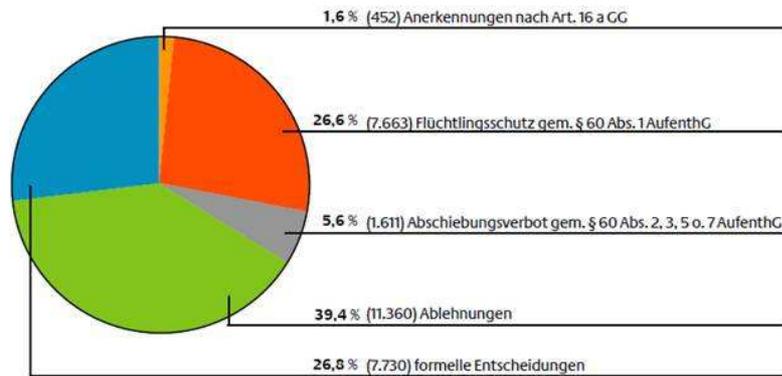
Quelle: BAMF 2010b

Jahr	Gesamt- schutzquote	davon gem. § 60 Abs. 1 AufenthG
2000	12,4%	7,9%
2001	24,4%	15,9%
2002	6,2%	3,2%
2003	5,0%	1,7%
2004	4,9%	1,8%
2005	6,5%	4,3%
2006	6,3%	3,6%
2007	27,5%	24,1%
2008	37,7%	33,9%
2009	33,8%	26,6%

Quelle: BAMF 2010a

Abbildung 19
Quoten der einzelnen Entscheidungsarten im Jahr 2009

Gesamtzahl der Entscheidungen: 28.816



Quelle: BAMF 2010a

6. Impulsreferat: Lebenswelten von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland

Timmo Scherenberg, Hessischer Flüchtlingsrat / Pro Asyl



Timmo Scherenberg vom Hessischen Flüchtlingsrat und Mitglied von Pro Asyl schilderte in seinem Impulsreferat die Lebenssituation von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland. Er zeichnete den Weg nach, den Flüchtlinge bei Ankunft in Deutschland durchlaufen und zeigte die Bedingungen auf, die das Leben für diese Menschen in Deutschland prägen. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere rechtliche Bestimmungen für diejenigen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, eine große Hürde darstellen. Residenzpflicht und eingeschränkte Arbeitserlaubnis oder Arbeitsverbote erschweren den Aufbau einer eigenständigen Lebensperspektive und können zu Desintegration führen. In den

letzten Jahren ist jedoch ein leichter Umdenkensprozess zu verzeichnen, der gerade in Bleiberechtsregelungen und Unterstützungsangeboten, wie den Arbeitsmarktnetzwerken, zum Ausdruck kommt.

Lebenswelten von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen in Deutschland

Timmo Scherenberg

25.10.2010

zusammen
ARBEIT
bleiben

Als Flüchtling in Deutschland

Ankunft in Deutschland



Verteilung auf Bundesländer



Erstaufnahmeeinrichtung (3 Monate)



i.d.R. Verteilung auf Kommunen

zusammen
ARBEIT
bleiben

Unterbringung

- Je nach Bundesland sehr unterschiedlich: Wohnung oder Wohnheim / Lager
- Teilweise Unterbringung von mehreren Flüchtlingen in einem Zimmer
- Keine freie Wahl des Wohnortes, auch später Umzug fast nicht möglich
- Residenzpflicht

zusammen
ARBEIT
bleiben

Asylbewerberleistungsgesetz

- Erwachsene erhalten pro Monat 360,-DM und 80,- DM Taschengeld (= 224,97 €)
- Leistungen seit Einführung des Gesetzes 1993 nicht erhöht
- In vielen Bundesländern auch als Sachleistungen/Essenspakete oder Wertgutscheine
- Nach 4 Jahren Analogleistungen SGB XII möglich

Verfassungswidrig!

zusammen
ARBEIT
bleiben

Arbeit

- Arbeitsverbot im 1 Jahr in Deutschland, bei Duldung unbegrenzt Arbeitsverbot möglich
- Danach „nachrangiger“ Arbeitsmarktzugang
- Mit Aufenthaltserlaubnis nach 3 Jahren gleichberechtigter Arbeitsmarktzugang
- Mit Duldung nach 4 Jahren gleichberechtigter Arbeitsmarktzugang
- Qualifikation wird selten anerkannt

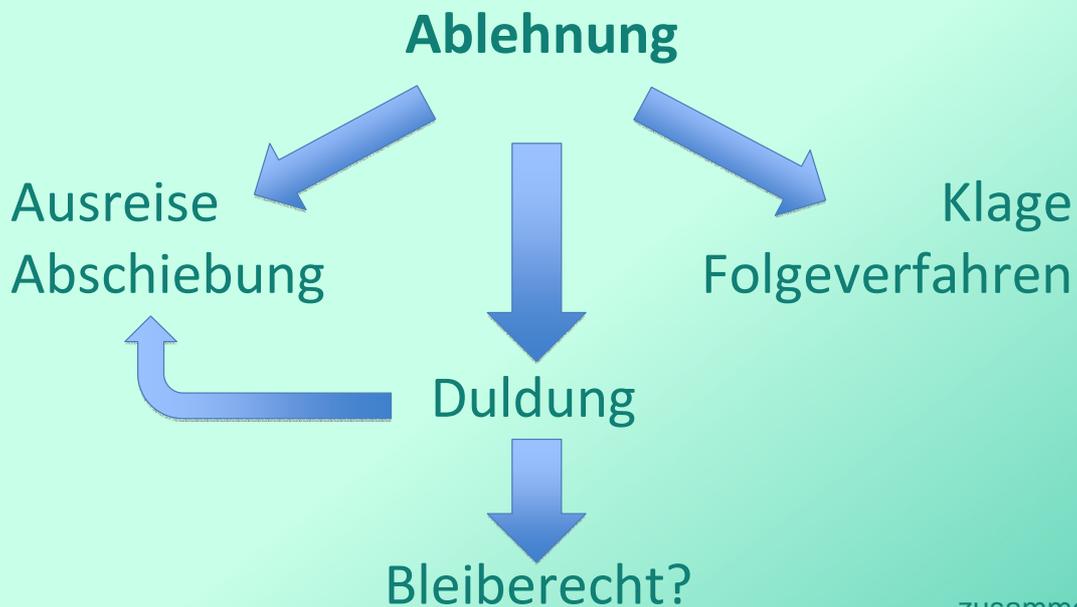
zusammen
ARBEIT
bleiben

Wie geht es weiter?

- Anerkennung als Asylberechtigter / Flüchtling:
Vollständige soziale Rechte
- Subsidiärer Schutz:
Zugang zu Sozialleistungen,
aber Einschränkungen bei Wohnortwahl
und Arbeitsmarktzugang
- Ablehnung

zusammen
ARBEIT
bleiben

Wie geht es weiter?



zusammen
ARBEIT
bleiben

Leben mit Duldung

- „Vollziehbar ausreisepflichtig“
- Bescheinigung über „Aussetzung der Abschiebung“ für meist 3 Monate, dann Verlängerung nötig (Kettenduldung)
- Dauerhaft soziale Bedingungen wie im Asylverfahren
- Auch nach Jahren noch von Abschiebung bedroht

zusammen
ARBEIT
bleiben

Bleiberecht

- Nach vielen Protesten Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete 2006/2007
- Voraussetzungen:
 - 6 / 8 Jahre Aufenthalt an Stichtag
 - Integriert (= Deutschkenntnisse, nicht straffällig)
 - Arbeit / Lebensunterhalt gesichert
 - Maßnahmen an eigener Abschiebung nicht behindert

zusammen
ARBEIT
bleiben

Bleiberecht

- Insgesamt ca. 57.000 Menschen haben Bleiberecht („auf Probe“) bekommen
- Problem: „Arbeitnehmerregelung“, keine humanitäre Öffnungsklausel für Menschen, die nicht arbeiten können
- Problem 2: Wirtschaftskrise
- IMK Dezember 2009 beschloss vorläufige Verlängerung

zusammen
ARBEIT
bleiben

Fazit

- Lebenssituation insbesondere geduldeter Flüchtlinge ist von jahrelanger gezielter Desintegration geprägt
- Im Zuge der Bleiberechtsregelungen zaghafter Umdenkensprozess, der noch nicht abgeschlossen ist
- Dabei insbesondere zu erwähnen die Einrichtung von Arbeitsmarktnetzwerken

zusammen
ARBEIT
bleiben

Fazit

- Potentiale und Fähigkeiten der Flüchtlinge müssen gefördert werden
- Dauerhafte Bleiberechtsregelung ohne Stichtag und mit realistischen Zugangsbedingungen
- Integration statt Desintegration, vom ersten Tag in Deutschland an

zusammen
ARBEIT
bleiben

7. InProcedere – Ein Netzwerk stellt sich vor

Im zweiten Teil des Vormittags stellte sich das rheinland-pfälzische Netzwerk InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit vor. Hierzu waren die Projektpartner sowie Vertreter und Vertreterinnen zweier unterstützender ARGEn (jetzt Jobcenter) zugegen.

Das im Rahmen des ESF-Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) geförderte Netzwerk gründete sich zu Beginn des Jahres 2009. Beteiligt sind Projektpartner aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Grundsicherung, Flüchtlingsarbeit, Bildung und Qualifizierung sowie Forschung und Beratung.



Ziel von InProcedere ist es, Flüchtlinge und Menschen mit Bleiberecht durch individuelle Beratung und Förderung auf dem Weg in den Arbeitsmarkt zu begleiten und in Arbeit zu vermitteln. Damit verbunden ist, dass sich diese Menschen durch die Aufnahme einer Beschäftigung und der eigenständigen Lebensunterhaltssicherung eine Perspektive in Deutschland aufbauen können.

Zur Zielgruppe des Projekts zählen neben Flüchtlingen, die im Besitz eines Bleiberechts sind, generell alle Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Projektpartner sind:

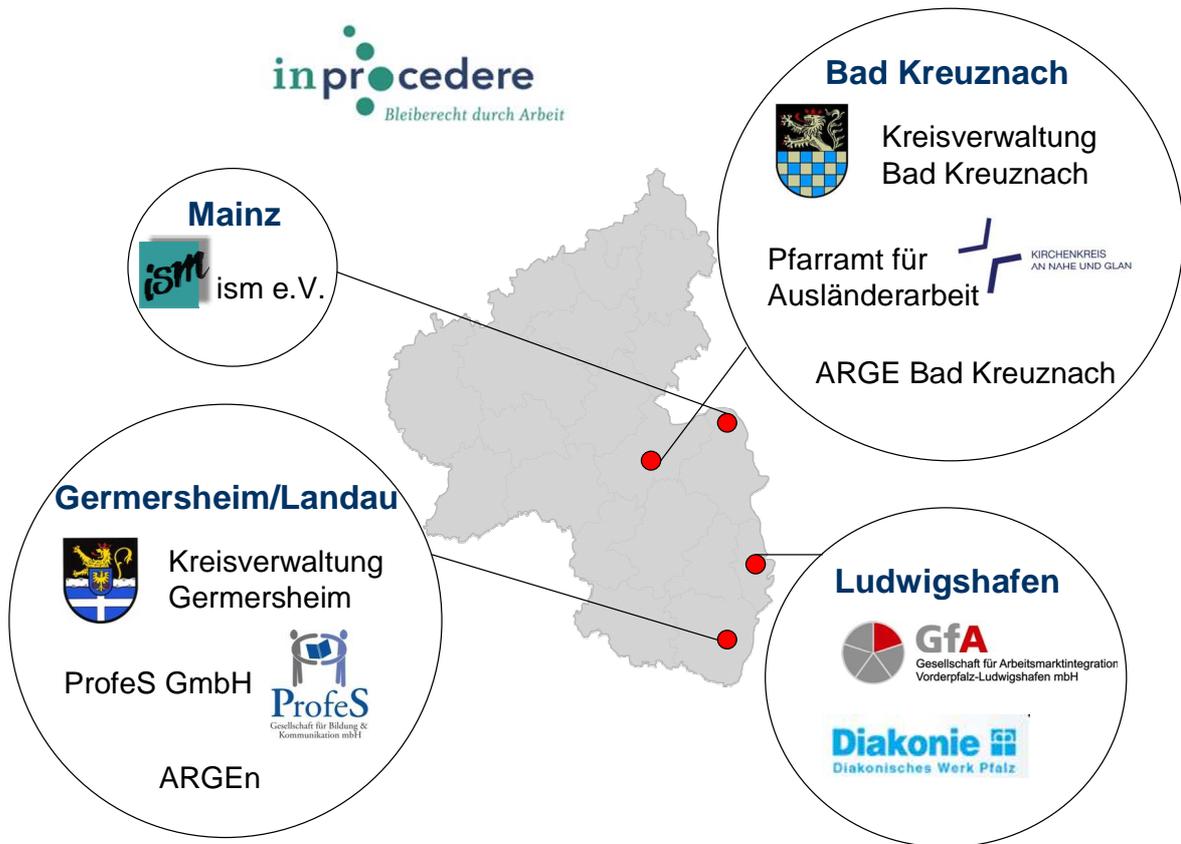
- In Bad Kreuznach: Die Kreisverwaltung Bad Kreuznach mit Sozialamt und der Ausländerbehörde sowie das Pfarramt für Ausländerarbeit im Ev. Kirchenkreis an Nahe und Glan.
- In Ludwigshafen: Die GfA- Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration (jetzt Jobcenter) Vorderpfalz-Ludwigshafen sowie das Diakonische Werk Pfalz.
- In Germersheim: Die Kreisverwaltung Germersheim mit der Ausländerbehörde sowie die ProfeS- Gesellschaft für Bildung und Kommunikation mbH, welche auch in Landau und Neustadt/W Angebote für die Zielgruppe bereithält.

Kern der Angebote von InProcedere ist die intensive Beratung und Begleitung der Zielgruppe sowie die Förderung und (Weiter-) Qualifizierung der Einzelnen. Daneben ist die Ansprache von Unternehmen zur Gewinnung von Arbeitsstellen bzw. der Vermittlung in Arbeit von großer Bedeutung.

Die Arbeit des Netzwerks ist eine Ergänzung zu den Angeboten der Jobcenter und Arbeitsagenturen in den Regionen und erfolgt vielfach in enger Abstimmung mit diesen. Unterstützt wird die Arbeit von InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit daher auch von den Jobcentern Bad Kreuznach, Germersheim, Landau–Südliche Weinstrasse und Deutsche Weinstrasse.

Die Besonderheit von InProcedere ist die Zusammensetzung der Projektpartner. In keinem anderen Netzwerk des ESF-Bleiberechtsprogramms sind Grundsicherungsträger, Ausländerbehörden und Flüchtlingsberatungsstellen sowie Akteure aus Bildung und

Forschung beteiligt, um gemeinsam nach Lösungen und Möglichkeiten der Integration zu suchen. Dies wird auch vom Land Rheinland-Pfalz sehr positiv gesehen und unterstützt.



Seit Beginn des Projekts Anfang 2009 wurden insgesamt rund 600 Menschen kontaktiert. Davon nahmen etwa 450 die Beratungsangebote der Projektpartner in Anspruch. Mit der Unterstützung von InProcedere konnten aktuell ca. 100 Menschen eine Arbeit und 60 eine Ausbildung aufnehmen.

Mit rund 100 Menschen ist der Kosovo das Hauptherkunftsland der Flüchtlinge, die InProcedere begleitet. Weiterhin sind eine Großzahl aus dem Irak, Iran, der Türkei und Serbien.

Stimmen aus dem Projekt:

Pfarrer Siegfried Pick, Pfarramt für Ausländerarbeit Bad Kreuznach:



Das Ausländerpfarramt bot sich als Partner für InProcedere an, da hier aufgrund des langjährigen Bestehens der Einrichtung traditionell zahlreiche Asylsuchende und Flüchtlinge Beratung suchen. Problematisch in der Arbeit des Projekts ist der Umstand, dass die politischen Vorgaben bislang nicht auf Integration ausgerichtet sind. So ist im ersten Jahr des Asylverfahrens zunächst keine Förderung der deutschen Sprachkenntnisse vorgesehen, wie auch ein Arbeitsverbot gegeben. InProcedere kann hier dennoch im Einzelfall durch Sprachkurse und zum Beispiel bei Fragen der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse helfen.

Raimond Meiborg, ARGE (jetzt Jobcenter) Bad Kreuznach:



Das Jobcenter ist zuständig für die Förderung derjenigen Flüchtlinge, die Leistungen nach dem SGB II beziehen. Hier kann im Einzelfall finanzielle Unterstützung zum Beispiel zur Erlangung eines Führerscheins oder auch des Hauptschulabschlusses gewährt werden, wenn dieses nachweislich der Arbeitsaufnahme dient. In Bad Kreuznach selbst gibt es derzeit nicht viele freie Stellen, jedoch erweist sich die Lage der Stadt am Rande des Rhein-Main-Gebiets als vorteilhaft auch für das Projekt InProcedere.

Manfred Asel, Diakonisches Werk Pfalz:

Eine wesentliche Schwierigkeit bei der Vermittlung in Arbeit ist die Frage der Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Ohne diese sind selbst hochqualifizierte Flüchtlinge nur schwer vermittelbar. Dies könnte zu einem Schwerpunkt der neuen Förderperiode werden. Wesentlicher Erfolgsfaktor für InProcedere ist die Vernetzung unterschiedlicher Akteure. Insbesondere mittelständische Unternehmen können dabei profitieren.



Jochen Willner, GfA (jetzt Jobcenter) Vorderpfalz-Ludwigshafen:

Entscheidend für den Erfolg von InProcedere ist die individuelle Beratung und die sich für die KlientInnen ergebende Möglichkeit des Erwerbs von Grundqualifikationen, die über das Projekt gefördert und organisiert werden können. Auf der anderen Seite wird Werbung und Informationsarbeit bei in Frage kommenden Unternehmen geleistet. In Ludwigshafen konnte ein mittelständiger Bäckereibetrieb gewonnen werden. Dieser ist gern gewillt auch Flüchtlinge einzustellen. Ziel der Netzwerkaktivitäten sollte sein, solche Unternehmen als Partner zu gewinnen.



Kirsten Müller-Roos, Kreisverwaltung Germersheim:



Die Ausländerbehörde Germersheim hat selbst alle in Frage kommenden Flüchtlinge angeschrieben und auf das Projekt aufmerksam gemacht. Damit verbunden war auch der Hinweis, dass es sich bei den Angeboten um eine große, eventuell aber auch die letzte Chance handelt, eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive zu erreichen. Problematisch stellte sich insbesondere bei größeren Familien die komplette Sicherung des Lebensunterhalts dar, zumal es sich bei den aufgenommenen Beschäftigungen zumeist um gering entlohnte Tätigkeiten handelt.

Susanne Klaiber, Profes – Gesellschaft für Bildung- und Kommunikation mbH

Bei Profes haben über 30% der Mitarbeitenden selbst einen Migrationshintergrund, dadurch können sie als Vorbild fungieren, was von vielen KlientInnen sehr positiv aufgenommen wird. Die Vermittlung erfolgt in Germersheim und Landau eher in allgemeine Helfer- bzw. Produktionshelfertätigkeiten. Oft bringen die KlientInnen schon eigene Kontakte zu Arbeitgebern mit in die Beratung. Frauen sind insgesamt schwieriger zu vermitteln, was häufig an familiären Strukturen liegt.



Gülten Polat, ARGE (jetzt Jobcenter) Germersheim:



Das Angebot von InProcedere wird von der Zielgruppe gut angenommen, und von den KlientInnen oft auch als letzte Chance für eine dauerhafte Perspektive in Deutschland wahrgenommen. Gerade bei denjenigen, die ein Bleiberecht auf Probe haben, besteht ein großer Druck, so dass diese Menschen die Aufnahme einer Arbeit meist einer Bildungsmaßnahme oder Qualifizierung vorgeziehen.

Insgesamt liegen bei der Mehrheit der KlientInnen multiple Vermittlungshemmnisse vor. Insbesondere Frauen mit kleinen Kindern sehen sich größeren Schwierigkeiten gegenüber.

8. Foren

Forum A: Die Ausländerbehörde im Spannungsfeld zwischen Integration und Abschiebung

Teilnehmende: Ca. 20 Vertreter und Vertreterinnen aus Ausländerämtern, Flüchtlingsarbeit, Parteien, Beiräten für Migration und Integration sowie Arbeitsverwaltung

Impulsgebende: Kirsten Müller-Roos, leitende staatliche Beamte der Kreisverwaltung Germersheim
Tim Müller, stellvertretende Leitung der Ausländerbehörde Bad Kreuznach

Moderation: Dr. Ludger Fittkau, Deutschlandradio Rheinland-Pfalz

Das erste Forum befasste sich mit den Aktivitäten der Ausländerbehörden im Rahmen von InProcedere, dem dabei auftretenden Spannungsfeld zwischen Unterstützung der Integration einerseits und den ordnungspolitischen Aufgaben andererseits sowie mit Lösungsansätzen. Ausgangspunkt war die Arbeit der Ausländerbehörden der Landkreise Germersheim und Bad Kreuznach. In Germersheim wird der durch InProcedere neu eingerichteten „Leitstelle Integration“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Leitstelle ist bei der

Ausländerbehörde angesiedelt. Ihre Aufgaben sind insbesondere die Vernetzung mit Gremien wie dem Beirat für Migration und Integration, Arbeitgebern und Firmen und den Projektpartner. Aber auch die Ansprache und Begleitung der Bleibeberechtigten und Flüchtlingen sowie Arbeitgeber und der Einbezug der Tätigkeiten in den Verwaltungsablauf und Entscheidungen von Kreisgremien. In Bad Kreuznach werden neue Wege der engen Kooperation zwischen Ausländerbehörde und Beratungsstelle beschritten. In Fallkonferenzen besprechen die Projektpartner ihre Zusammenarbeit vor Ort und suchen gemeinsam nach Lösungen für Einzelfälle.

Aus der engagierten Diskussion mit allen Teilnehmenden wurden folgende Hauptbotschaften formuliert:

Für die Ausländerbehörden gibt es bei der integrativen Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund ein Vertrauensproblem. Bei Migranten und Migrantinnen hat die Ausländerbehörde häufig ein schlechtes Image, gerade weil sie ist auch für hoheitliche bzw. polizeiliche Maßnahmen bis hin zur Abschiebung verantwortlich. Mögliche Lösungen könnten sein: eine „dritte Hand“ als Vermittler (Beispiel Bad Kreuznach) oder eine Person im Ausländeramt, die nichts mit Rückführungen zu tun hat, sondern als Ansprech-Personen für den Bereich Integration gilt (Beispiel Germersheim).

InProcedere sollte auf das ganze Land Rheinland-Pfalz ausgedehnt werden. Für eine Verfestigung über die Projektlaufzeit hinaus sollten die Ausländerbehörden unbedingt im Boot sein. Möglicherweise könnten dort unbefristete „Integrationsstellen“ angesiedelt werden.

Bei der aktuellen politischen Diskussion zur „Punkteregelung“ für Zuwanderung sollten die hier bereits lebenden Menschen mit Duldung unbedingt einbezogen werden.

Forum B: Kompetenzen und Fähigkeiten, aber kein Zeugnis

Teilnehmende: Ca. 15 Vertreter und Vertreterinnen aus Verwaltung und Politik, Wohlfahrtsverbänden, Bildungsträgern und Kammern

Impulsgebende: Susanne Kaimer, Abteilungsleitung Integration, ProfeS GmbH
Anna Zentgraf, Projektmitarbeitende InProcedere, ProfeS GmbH

Moderation: Ulrike Pingel, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.

Forum B befasste sich mit Fragen und Rahmenbedingungen der Qualifikationen, die Flüchtlinge mitbringen, der Anerkennung von Abschlüssen oft ohne Zeugnisse und den Möglichkeiten der (Weiter-) Qualifizierung. Der neuralgische Punkt bei diesem Thema ist, dass dokumentierte formale Abschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor entscheidend für den Zugang zum Arbeitsmarkt und qualifizierter Beschäftigung sind.



Gleichzeitig ist die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen nur durch das Durchlaufen von komplexen und vor allem wenig transparenten Verfahren möglich. Stichwort: Anerkennungsdschungel. Derzeit haben wir zwar ein Gesetz in Aussicht, dass diese Verfahren erleichtern

soll, aber die Praxis zeigt, dass das Thema mehr beinhaltet als eine formale Verfahrensverbesserung.

Aus dem Austausch über die besondere Zielgruppe Bleibeberechtigte und Flüchtlinge wurden folgende Hauptanliegen und Botschaften formuliert:

- Arbeitsmarktpolitik soll darauf hinwirken, dass ihre Instrumente Chancen ermöglichen und zwar durch individuell auf Personen zugeschnittene Lösungen.
- Qualifizierung muss dazu beitragen, den arbeitsweltlichen Anforderungen mit Selbstbewusstsein zu begegnen, und die individuelle Beschäftigungsfähigkeit stärken.
- Anerkennung ist ein gesellschaftliches Thema => Anerkannt heißt noch nicht Chancengleich – nach wie vor ist die ‚eigentlich‘-Bevorzugung von deutschen Abschlüssen und Zertifikaten eine Realität an der auch die dringend erwartete Verbesserung der Anerkennungspraxis nicht viel ändern wird.
- Die früher in den SGB als Förderinstrument möglichen „SWL“ (Sonstige Weitere Leistungen, §16 SGB II) fehlen empfindlich in der Praxis. Da sollten neue Lösungen gefunden werden.
- Die besondere Zielgruppe der Flüchtlinge und Bleibeberechtigten ist de facto ausgeschlossen vom Zugang zu einigen bewährten Arbeitsmarkt-Instrumenten, wie z.B. den „Bildungsgutscheinen“.
- Wichtig für Personen ganz ohne Zeugnisse ist es, ‚kleine‘ Zertifikate zu ermöglichen, da Dokumente immer noch entscheidend im Arbeitsmarktzugang sind.

Forum C: Strategien nachhaltiger Unternehmensansprache

Teilnehmende: Ca. 5 Vertreter und Vertreterinnen aus Flüchtlingsarbeit, Verwaltung und Forschung

Impulsgebende: Elke Lentz, Projektmitarbeitende InProcedere, Pfarramt für Ausländerarbeit Bad Kreuznach

Moderation: Claudia Vortmann, Schneider Organisationsberatung



Im Forum C wurden Beweggründe für die Einstellung von Flüchtlingen und Bleibeberechtigten einerseits sowie geeignete Vorgehensweisen zur Ansprache von Unternehmen andererseits diskutiert. Das Pfarramt für Ausländerarbeit setzt bei der Vermittlung der Bleibeberechtigten und Flüchtlinge insbesondere auf

intensive Individualkontakte, sowohl auf Seiten der Arbeitssuchenden als auch auf der Arbeitgeberseite. Als entscheidender Erfolgsfaktor wird die Rolle des Ausländerpfarramts als vermittelnde Stelle gesehen, die einerseits die Fähigkeiten und Möglichkeiten der einzelnen Flüchtlinge kennt, andererseits auch die Anforderungen der Arbeitsstellen sowie die Vorstellungen der Arbeitgeber. Auf diese Weise kann ein gutes Matching gewährleistet werden. Aufgrund seiner Funktion genießt das Ausländerpfarramt einen Vertrauensvorschuss und kann die erste Hürde der Kontaktaufnahme zum Arbeitgeber

wesentlich leichter überwinden als der oder die Arbeitsuchende selbst. Gleich im ersten Gespräch können weit verbreitete Vorstellungen bspw. über rechtliche Probleme bei der Beschäftigung eines Flüchtlings, formalen Aufwand o.ä. korrigiert werden.

Zentrale Botschaften der Teilnehmenden aus Forum C sind:

Eine grundsätzlich offene Haltung des Arbeitgebers ist die Voraussetzung dafür, dass Vermittlungsgespräche stattfinden können und Flüchtlinge die Chance bekommen, ihre Motivation und Kompetenzen im Unternehmen unter Beweis zu stellen.

Nachhaltigkeit wird in zweierlei Hinsicht erreicht: Zum einen wird über das Ziel, die Arbeitsuchenden möglichst in Ausbildungsplätze oder feste Stellen zu vermitteln, den Flüchtlingen eine längerfristige Perspektive geboten. Zum anderen, kann ein Arbeitgeber von Sinn und Nutzen des Projekts überzeugt werden und sind bereits Vermittlungen positiv verlaufen, hält der Arbeitgeber erfahrungsgemäß Kontakt und bietet weitere Stellen an.

Forum D: Zugang zur und Motivation der Zielgruppe

Teilnehmende: Ca. 15 Vertreter und Vertreterinnen aus Flüchtlingsarbeit, Arbeitsverwaltung, Bildungsträgern und Wohlfahrtsverbänden

Impulsgebende: Anna Frank, Projektmitarbeitende InProcedere, ProfeS GmbH
Annette Wehning, Projektmitarbeitende InProcedere, Diakonie Pfalz

Moderation: Nadine Förster, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.



Ausgehend von den Erfahrungen der Projektstandorte Landau und Ludwigshafen wurden in Forum D Möglichkeiten des Zugangs zu Bleibeberechtigten und Flüchtlingen diskutiert sowie die Notwendigkeit von Motivation. Für die Ansprache der Ziel-

gruppe haben neben der Zusammenarbeit mit den Projektpartnern v.a. die Mund-zu-Mund-Propaganda und Vernetzung mit weiteren Akteuren und Angeboten vor Ort eine große Bedeutung. In der Beratungsarbeit wird deutlich, dass die Zielgruppe häufig hochmotiviert und engagiert ist, ihre Chancen auf Qualifizierung und Arbeit wahrzunehmen und ein ausgeprägter Wille zu beruflicher und gesellschaftlicher Integration gegeben ist.

Hauptbotschaften:

Erfolgreich ist ein ganzheitlicher Ansatz der Beratung und Begleitung durch Verzahnung von Bewerbungstraining und Stellenvermittlung mit ausländerrechtlicher Beratung und individueller Begleitung.

Das Angebot an geeigneten Unterstützungsstrukturen sowie Qualifizierungsangeboten muss ausgebaut werden.

Die Betreuung und Begleitung sollte auch im Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses fortgesetzt werden.

InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit

Forum D: Zugang zur und Motivation der Zielgruppe

Profes GmbH – Landau, Germersheim und Neustadt
Diakonisches Werk Pfalz – Haus der Diakonie Ludwigshafen

Zielgruppe:

- Bleibeberechtigte nach der Altfallregelung § 104 a AufenthG
 - Ausländer mit Aufenthaltsgewährung aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen
 - geduldete Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis



Projektpartner:

- Kreisverwaltung Germersheim / Ausländerbehörde

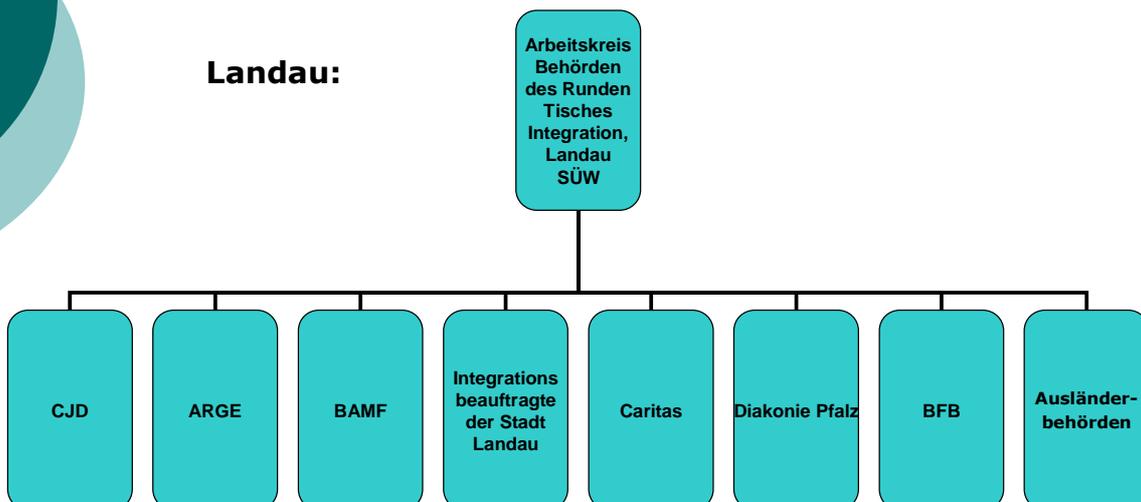
Strategische Partner:

- die ARGEN Germersheim, Landau
- Ausländerbehörde Stadt Landau, Kreisverwaltung SÜW

3



Landau:



4

Auf Grund guter Zusammenarbeit besonders mit der Ausländerbehörde Stadt Landau, mit der ARGE Landau und der Kreisverwaltung SÜW wurden in Landau:

- 69 Personen erreicht
- davon 34 Frauen und 35 Männer
- 12 Personen besuchen im Moment einen Sprachkurs
- 12 Personen befinden sich in Arbeit
- 1 Person befindet sich in der Ausbildung

5

Die laufenden Kurse in Landau:

- zusätzliche Sprachförderung für die TN mit Migrationshintergrund
- ein Alphabetisierungskurs
- eine Einzelschulung „Alphabetisierung“

6

Germersheim:

Zugang zu der Zielgruppe durch Projektpartner:

- **Kreisverwaltung Germersheim:** Prüfung der Rechtslage durch die Ausländerbehörde und Vorprofiling bei der Projektmitarbeiterin.
- **ARGE:** Kunden werden während laufender Beratungen über das Projekt informiert und auf das Projekt und ProfeS aufmerksam gemacht.

7

Zusätzlich:

- Mundpropaganda
- Kunden aus dem Profiling und anderen laufenden Kursen bei ProfeS

Überblick TN in Germersheim:

- Gesamtzahl: Projektteilnehmer und beratene TN (die nicht in das Projekt aufgenommen werden können) : 73
- Aktuelle TN-Zahl: 43, davon 21 durch ARGE/Agentur und 24 durch Behörden

8

Hemmende Faktoren:

- Vielfach keine Berufsabschlüsse, wenn noch, nur selten Nachweise darüber
- realitätsferne Selbsteinschätzung der beruflichen Kompetenzen durch Teilnehmer
- Frust

9

Hemmende Faktoren:

- Unkenntnisse der Erwartungshaltung des deutschen Unternehmens
- unzureichende vorhandene Sprachkompetenz für eine qualifizierte Arbeitsaufnahme
- Unwissen im Bezug auf den Aufenthaltsstatus

10

Fördernde Faktoren:

- bei vielen TN hohe Motivation und die Lernbereitschaft
- trotz der fehlenden Sprachkenntnisse zügige Anwendung des Gelernten
- nach intensivem Coaching Befähigung der TN zur selbstkritischen Sicht auf eigene Person und Lebenssituation
- Wille zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration in die Aufnahmegesellschaft vorhanden
- Freiwillige Teilnahme - TN können jederzeit aussteigen

11

Fördernde Faktoren:

- Hilfe bei der Stellensuche - kein Bewerbungszwang
- Unterstützung bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen und dem ganzen Bewerbungsprozess
- Möglichkeit der Verbesserung der Sprachkenntnissen sowie Teilnahme an qualifizierten Weiterbildungen
- Unterstützung bei den Behördengängen und Zeugnisanrechnungen
- Fortsetzung der Betreuung während der Ausbildung und der Arbeitsaufnahme

12

Ergebnisse:

- Intensive Prüfung der vorhandenen informell erworbenen Kompetenzen
- Differenzierte Bescheinigung und Beurteilung der vermittelten Tätigkeiten
- Praktikumsvermittlung / -betreuung
- Potenzialermittlung während der Kurse
- Lösungsorientierung - Hilfe zur Selbsthilfe
- Arbeitgebermagazin

13

Zukunft:

Kompetenzorientierte Laufbahnberatung!!!

14

Projektarbeit in Ludwigshafen:

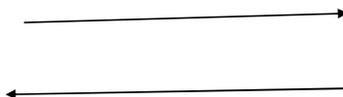
Teilnehmende:

- 170 Teilnehmende am Projekt von 01.03.2009 – 31.10.2010, ca.50% Frauen und 50% Männer
- Frauen und Männer zwischen 17 und 60 Jahren mit unterschiedlichen Berufs- und Bildungshintergründen
- 60% der Teilnehmenden des Projekts im Alter von 25-49 Jahren
- Herkunftsländer: vorwiegend Irak, Iran, Kosovo, Serbien
- überwiegend Familien, deren Kinder in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind

15

Projektarbeit in Ludwigshafen Zusammenarbeit vor Ort:

Ermittlung Bleibe- und SGB II-Berechtigter
Konferenzen mit den Fall-Managern



Beratung, Begleitung und
Qualifizierung,

16

Zugang der Zielgruppe zum Projekt:

- **Kooperationspartner GfA (ARGE)**
- **Beratungsstellen des Diakonischen Werks:**
Flüchtlingsberatung, Migrationsberatung, Sozial- und Lebensberatung, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Interventionsstelle
- **Netzwerkarbeit mit anderen Trägern vor Ort:**
Baff e.V., Jugendmigrationsdienst der Caritas, MEB (Migrationserstberatung verschiedener Träger)
- **Mund-zu-Mund Propaganda**

17

Individuelle Beratung und Begleitung:

- Profiling und Perspektiven- bzw. Berufswegeplanung
- Unterstützung bei der Beantragung der Arbeitserlaubnis
- Unterstützung im Bewerbungsprozess
(Bewerbungsunterlagen erstellen)
- Beratung und Begleitung bei der Stellensuche
- Begleitung zu Vorstellungsgesprächen
- (Berufs-) begleitendes Coaching
- Begleitung zu Behörden (Arbeitsamt, Ausländerbehörde, Sozialamt, GfA)
- Vermittlung zu anderen Beratungsangeboten

18

Qualifizierung und (sprachliche) Weiterbildung:

- Sprachkurse
- Alphabetisierungskurs
- Computerkurse
- Bewerbungstraining
- Qualifizierung im Reinigungsbereich
- Förderung des Nachholens von Schulabschlüssen
- Vermittlung und Förderung von weiteren Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Maßnahme, um verschiedene Berufsfelder kennen zu lernen)

19

Besonderheit der Art der Beratung und Begleitung:

- ganzheitlicher Ansatz
- sehr individuelle Begleitung
- Vertrauensaufbau
- Verzahnung von Bewerbungen und Stellenvermittlung mit ausländerrechtlicher Beratung und Begleitung bei Behördengänge
- niederschwellige Gruppenangebote der Flüchtlingsarbeit (z.B. Frauencafe)
- bei Bedarf Vermittlung an andere Beratungsangebote

20

Erfolge der Arbeit mit der Zielgruppe:

- intensive und individuelle Unterstützung der Zielgruppe rund um den Arbeitsmarkt
- Beratung und Begleitung als „Brücke“ zwischen Menschen, Behörden und Arbeitgebern
- Vertrauensaufbau zu Teilnehmenden des Projekts
- Sensibilisierung gegenüber der Zielgruppe
- Verstärkte Zusammenarbeit vor Ort auch mit Partnern außerhalb des Netzwerks

21

www.inprocedere-rlp.de

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Profes GmbH – Landau, Germersheim und Neustadt

Diakonisches Werk Pfalz – Haus der Diakonie Ludwigshafen

9. Abschlussgespräch

Im abschließenden Podiumsgespräch wurden die Besonderheiten von InProcedere sowie Perspektiven für die Zielgruppe und die Netzwerkarbeit beleuchtet. Teilgenommen haben Herr Dr. Florian Edinger, Stellvertreter der Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration Rheinland-Pfalz, Raimond Meiborg von der ARGE (jetzt Jobcenter) Bad Kreuznach, Peter Görtz von der Bäcker Görtz GmbH und Pfarrer Siegfried Pick vom AK Asyl Rheinland-Pfalz.

Die aktive Beteiligung von Ausländerbehörden im Netzwerk wird als wesentlich für den Erfolg des Projekts gesehen. Gerade mit Blick auf die Befristung der Bleiberechtsregelung und der Ausrichtung von InProcedere darauf stellen sie einen wichtigen Partner dar. Aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz leistet InProcedere durch seine Vernetzung einen wichtigen Beitrag, um Menschen langfristig in Arbeit zu integrieren.

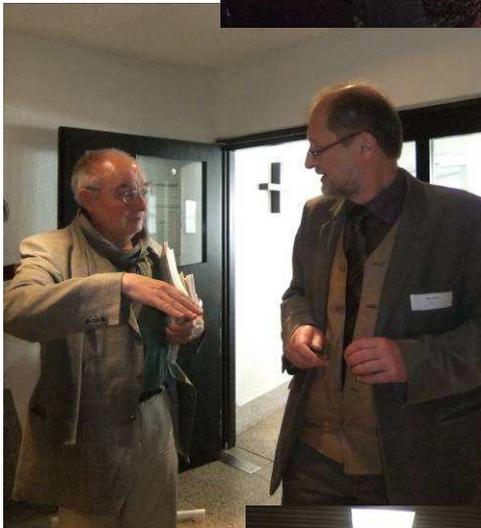
Für die Umsetzung des Projekts von großer Bedeutung ist die Möglichkeit, vorhandene Angebote durch zusätzliche Mitarbeitende beim Ausländerpfarramt, der Diakonie oder auch bei der ProfeS GmbH zu erweitern. Auf diese Weise ist InProcedere gerade für die Arbeitsverwaltung zu einem wichtigen Partner geworden. Durch das zusätzliche Personal wird individuelle Begleitung und intensive Einzelberatung der Zielgruppe möglich. Das bietet Raum und Zeit zur Aufdeckung und Bearbeitung bestehender Problemlagen, was von der Arbeitsverwaltung in dieser Form nicht geleistet werden kann.

Hürden für die Arbeit von InProcedere sind gesetzliche Rahmenbedingungen wie die Befristung des Bleiberechts, Zeiten von Arbeitsverbot oder die Residenzpflicht, aber auch offene Fragen und zum Teil langwierige Verfahren bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Mit Blick auf die Vorgaben und Befristung der Bleiberechtsregelung ist die Frage nach sinnvollen und notwendigen Qualifizierungen einerseits und der Aufnahme einer Beschäftigung, die den Lebensunterhalt sichern soll, andererseits von besonderer Bedeutung. Gemeinsame Lösungsfindung von Behörden, Arbeitsverwaltung und Beratungsstellen ist hier von großer Wichtigkeit.

Der besondere Wert der intensiven Netzwerkzusammenarbeit zeigt sich auch an den unerwartet hohen Zahlen erfolgreicher Vermittlungen, die ohne die gegenseitige Unterstützung und Befürwortung der Arbeit in dieser Weise nicht möglich geworden wären. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit den Betrieben in der Region wichtig. Für Unternehmen spielt der Migrationshintergrund oft keine Rolle, solange der Mensch, der sich für die Arbeit interessiert, motiviert und aufgrund seiner Stärken und Fähigkeiten den Anforderungen des Betriebes gewachsen ist.

Perspektivisch braucht es jedoch mehr finanzielle Möglichkeiten zur Förderung von Flüchtlingen im sprachlichen wie berufsbezogenen Bereich. Angebote wie das Lernzentrum der evangelischen Erwachsenenbildung in Bad Kreuznach, welches Sprach- und Alphabetisierungs- sowie Computerkurse auch im Selbststudium ermöglicht, sind wichtige Elemente. Ebenso bedarf es Änderungen der politischen Rahmenbedingungen. Insbesondere die Befristung von Bleiberechtsregelungen und Aufhalten erschweren den Einstieg in Arbeit. Die Vernetzung der Akteure im Feld von Arbeitsmarkt, Asyl- und Ausländerrecht sowie Beratung auf lokaler wie landesweiter Ebene ist daher auch zukünftig unabdingbar.

10. Eindrücke und Einblicke



ماندن

raditi mbetem

arbeiten

inprocedere

Bleiberecht durch Arbeit

بقاء work

kalmak stay

радити

punoj rester



Chancen zu bleiben

Arbeitsmarktliche Unterstützung
für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge
in Rheinland-Pfalz

радити
ماندن

mbetem

اشتغال

arbeiten
çalışmak

bleiben
punoj

ostati
rester

بقاء

work
raditi

остати
کار کردن

travailler